

Anpassung an den Klimawandel in Afrika und die Entwicklungszusammenarbeit der Europäischen Union

Afrika wird als ein von den negativen Folgen des Klimawandels besonders betroffener Kontinent angesehen. Die meisten der afrikanischen Länder werden die Millennium-Entwicklungsziele (MDGs) sehr wahrscheinlich nicht erreichen, und der Klimawandel unterminiert zunehmend Entwicklungsfortschritte. Gleichzeitig ist die EU als Ländergruppe hinsichtlich der kumulierten Emissionen der zweitgrößte Verursacher des menschengemachten Klimawandels. Daher hat die EU eine besondere Verantwortung, die Emissionen zu reduzieren und gleichzeitig die betroffenen Länder bei der Anpassung zu unterstützen. Zudem ist die EU der bedeutendste Geber offizieller Entwicklungshilfe (ODA). Die Zusammenarbeit mit dem Nachbarkontinent Afrika soll mit der Gemeinsamen EU-Afrika-Strategie, die voraussichtlich im Dezember 2007 verabschiedet werden wird, eine neue Ebene erreichen. Das vorliegende Papier fasst wesentliche Ergebnisse eines von Germanwatch erstellten Hintergrundpapiers zur Anpassung an den Klimawandel in Afrika zusammen.² Darüber hinaus zeigt es die Verankerung in der EU-Entwicklungszusammenarbeit auf. Schließlich werden Schlussfolgerungen und Empfehlungen gegeben, wie die EU zu effektiven Fortschritten bei der Anpassung in Afrika beitragen könnte.

1.

Der Zwischenstaatliche Ausschuss zum Klimawandel (IPCC) zieht eine Reihe von Schlussfolgerungen in seinem Afrika-Kapitel, die mit einer sehr hohen wissenschaftlichen Sicherheit eingestuft werden³. Dazu gehört, dass a) die landwirtschaftliche Produktion und Ernährungssicherheit (eingeschlossen dem Zugang zu Nahrung) in vielen afrikanischen Ländern und Regionen wahrscheinlich ernsthaft durch Klimawandel und Klimavariabilität gefährdet werden; b) der Klimawandel die Wasserknappheit in einigen Ländern verschärft, während andere Länder, die heute nicht betroffen sind, zunehmender Wasserknappheit ausgesetzt werden; und c) die menschliche Gesundheit durch den Klimawandel und Klimavariabilität noch stärker negativ betroffen wird. Schließlich besteht die Gefahr, dass der Klimawandel zunehmend zu Konflikten beiträgt.⁴

2.

Die Notwendigkeit adaptiver Reaktionen auf Klimawandel und Klimavariabilität gewinnt zunehmend an Aufmerksamkeit. Dem IPCC zufolge bedeutet die Mischung aus „Klimastress“ und anderen Faktoren in Afrika, dass für viele Menschen Anpassung keine Option, sondern ein Zwang ist.⁵ Jedoch bleibt die nachhaltige Armutsbekämpfung immer noch eine zentrale Herausforderung. Indem sie die Vulnera-

bilität verringert, kann sie auch zur Erhöhung der Anpassungsfähigkeit beitragen. Wissenschaftliche Studien zeigen, dass Anpassungsmaßnahmen Synergien mit Bemühungen zur Erreichung der MDGs bringen können.⁶ Dies ist äußerst wichtig, um integrierte Strategien einer „anpassenden Entwicklung“ zu entwerfen.

Strategien bereits beobachteter Anpassung umfassen u.a. die Diversifizierung von Existenz sichernden Aktivitäten, den Aufbau von Institutionen oder auch die Veränderung landwirtschaftlicher Praktiken. Der IPCC unterstreicht, dass afrikanische Bauern zwar verschiedene Anpassungsoptionen entwickelt haben, um mit der gegenwärtigen Klimavariabilität umzugehen, diese aber möglicherweise für den zukünftigen Klimawandel nicht ausreichen werden.⁷ Das führt zu zwei Schlussfolgerungen: Erstens ist es notwendig, das Ausmaß der Erwärmung durch die globale Reduktion von Treibhausgasen zu begrenzen mit dem Ziel, einen gefährlichen Klimawandel zu vermeiden und das Eintreten großskaliger Risiken wie der so genannten „Kipp-Elemente“ abzuwenden. Zweitens bedarf es substanziell erhöhter Anstrengungen zur Verringerung der allgemeinen Vulnerabilität der Menschen sowie der systematisch geplanten Anpassung auf verschiedenen Ebenen. Erfreulicherweise gibt es eine zunehmende Anzahl an Forschungs- und Umsetzungsaktivitäten in verschiedenen Teilen Afrikas, um Anpassung besser zu verstehen, Prioritäten zu definieren und Ansätze auszuprobieren.

Der Klimawandel verursacht für Afrika eine zusätzliche Belastung, zu deren Ursachen es nur wenig beigetragen hat. In den meisten Fällen setzen wirksame Anpassungsmaßnahmen Investitionen, z.B. für Kapazitätenaufbau oder das „climate-proofing“ von Infrastruktur. Obwohl keine eindeutigen Daten vorliegen, bestehen wenig Zweifel, dass die gesamten Anpassungskosten signifikant sein und sehr wahrscheinlich die Möglichkeiten der meisten Länder übersteigen werden. Die Finanzierung der notwendigen Maßnahmen muss als zentrale Hürde für eine erfolgreiche, großflächige Anpassung angesehen werden. Prioritäre Handlungsfelder sind u.a. die Verbesserung der systematischen Beobachtung von Klimavariabilität und -wandel, Erhebungen zu den Auswirkungen und der Vulnerabilität, sowie die Planung und Umsetzung von Anpassungsmaßnahmen in verletzlichen Sektoren (Landwirtschaft, Wasser, Ökosysteme, Energie, Tourismus) und in sektorübergreifenden Konzepten.⁸ Den besonders betroffenen Gemeinschaften sollte bei

¹ Kontakt: harmeling@germanwatch.org

² Das vollständige Hintergrundpapier (inkl. des Literaturverzeichnisses) kann herunter geladen werden unter: <http://www.germanwatch.org/klima/eaufr07.htm>

³ Boko et al. 2007

⁴ German Advisory Council for Global Environmental Change (WBGU) 2007

⁵ Boko et al. 2007

⁶ Columbia University 2006

⁷ Boko et al. 2007

⁸ UNFCCC 2007

der Entwicklung von Pilotprojekten besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden. Der Einbezug von indigenem Wissen in Politiken zum Klimawandel kann zur Entwicklung von effektiven Anpassungsstrategien führen, die kosteneffizient, partizipativ und nachhaltig sind.⁹

:

Ein wichtiger Prozess für die Entwicklung von zumindest kurzfristigen Anpassungsstrategien sind die „Nationalen Aktionsprogramme zur Anpassung (NAPAs)“. Die wirtschaftlich am wenigsten entwickelten Länder (LDCs) erhalten finanzielle Unterstützung aus dem entsprechenden Finanzfonds (LDCF) der UN-Klimarahmenkonvention, um solche Programme zu erarbeiten. Im August 2007 waren NAPAs von zwölf afrikanischen LDCs veröffentlicht.¹⁰ Weitere werden voraussichtlich noch im Jahr 2007 fertig gestellt. Die Länder sollen darin die dringlichsten Anpassungsbedürfnisse und -projekte identifizieren, die in der Regel zwei bis drei Jahre Laufzeit haben. Daher können die NAPAs nur als erster Schritt zur Entwicklung umfassender Anpassungsstrategien angesehen werden. Dies trifft auch auf die Frage der finanziellen Größenordnung des Anpassungsbedarfs in Afrika zu. Bisher existieren keine umfassenden Erhebungen dazu. Einige Studien versuchen, die Kosten einzelner Probleme in bestimmten Regionen zu ermitteln.¹¹ Eine grobe Kostenschätzung für die kurzfristige Anpassung, die vermutlich eher am unteren Ende der Bandbreite liegt, kann abgeleitet werden, indem die Kosten der existierenden NAPAs auf das Niveau aller afrikanischen LDCs hochgerechnet werden. Daraus ergäbe sich eine Summe von 354 bis 701 Millionen USD. Für ganz Sub-Sahara-Afrika sind demnach 665 bis 1.267 Millionen USD anzusetzen.

Versicherungsbezogene Instrumente könnten Entwicklungsländer in ihrem Bemühen der Armutsbekämpfung und Anpassung an den Klimawandel unterstützen. Geberfinanzierte Systeme demonstrieren bereits ihr Potenzial, um Sicherheitsnetze gegen die wirtschaftlichen Verluste durch klimabezogene und andere Extreme aufzubauen. Die Ausdehnung dieser Systeme ist aber kostenintensiv, vor allem, weil Katastrophenrisiken ganze Regionen zum gleichen Zeitpunkt betreffen und daher Rückversicherung und räumliche Diversifizierung benötigen – beide sind nicht leistbar von lokalen Versicherern. Zudem können sich die LDCs kaum die technischen Analysen und andere Anfangskosten für Versicherungssysteme leisten. Der Markt alleine wird keine Klimaversicherungen anbieten. Internationale Kofinanzierung, z.B. für technische Analysen oder Rückversicherung, ist eine Vorbedingung für eine breite Nutzung des Instruments. Mit der Unterstützung einer „Afrikanischen Klimaversicherungsfazilität“, primär zur Stärkung von Mikroversicherungen, könnten Geberstaaten hier wichtige Impulse geben.¹²

3.

In den vergangenen Jahren hat Anpassung an den Klimawandel in der EU-Entwicklungszusammenarbeit deutlich an politischem Profil gewonnen: von der Mitteilung der Kommission „Klimawandel im Kontext der Entwicklungszusammenarbeit“ (2003) zum 2004 nachfolgenden Aktionsplan, von den „12 Verpflichtungen der Politikkohärenz im Sinne der Entwicklung“ (2005) des Rates für Allgemeine Angelegenheiten und Auswärtige Beziehungen (GAERC) bis zur jüngsten Kommissionsmitteilung „Von Kairo nach Lissabon – Die strategische EU-Afrika-Partnerschaft“ (2007). Die „Erklärung zur Integration von Anpassung an den Klimawandel in die Entwicklungszusammenarbeit“ der OECD (2006) ist hier ebenfalls von Bedeutung. Zudem sprechen auch afrikanische Entscheidungsträger immer häufiger das Thema Anpassung an, z.B. in der „Gemeinsamen AKP-EU-Erklärung zu Klimawandel und Entwicklung“ (2006) oder in der „Erklärung zu Klimawandel und Entwicklung in Afrika von Addis Abeba“ (2007), verabschiedet von der Afrikanischen Union (AU). Die AU unterstreicht auch die Verantwortung der Industrieländer zur Verringerung der Treibhausgase, um die negativen Auswirkungen des Klimawandels zu begrenzen.

Die EU ist der Hauptgeldgeber für die UNFCCC-Fonds, die für Anpassung relevant sind: den Speziellen Klimawandel-Fonds (SCCF) und den LDCF. Die Länder der EU sind für mehr als 80 Prozent der angekündigten Zahlungen in beide Fonds verantwortlich (zusammen ca. 140 Mio. USD). Allerdings betragen die verfügbaren Mittel nur einen Bruchteil des Anpassungsbedarfs, selbst wenn man sich nur auf die kurzfristigen Kostenschätzungen der NAPAs bezieht. Die Beiträge der EU-Mitgliedsstaaten zu den Fonds unterscheiden sich deutlich, sowohl in absoluten Zahlen als auch im Verhältnis zu ihrem Beitrag zur Verursachung des globalen Klimawandels.¹³ Einige Mitgliedsstaaten leisten erheblich höhere Anteile an den EU-Zahlungen, als sie Anteil an der Verursachung haben – insbesondere Dänemark, Finnland und die Niederlande –, während andere deutlich weniger beitragen (Frankreich, Italien und Spanien). Belgien und Österreich gehören zu den Ländern, die noch überhaupt keine Zahlungen in die Fonds angekündigt haben. Die beiden UN-Fonds weisen allerdings keine spezielle Zuordnung zu Afrika auf. Gegenwärtig sind nicht-afrikanische Regionen deutlich stärker bei den eingereichten Projekten vertreten.¹⁴ Zusätzlich zu diesen Zahlungen haben einige EU-Mitgliedsstaaten spezielle Programme aufgelegt, um Anpassung an den Klimawandel in bestimmten afrikanischen Ländern zu unterstützen. Diese variieren allerdings in Umfang und geographischer Verteilung und werden in der Regel auch in die offizielle Entwicklungshilfe (ODA) eingerechnet.

Der Weg zu einer systematischen Integration von Anpassung in die EU-Entwicklungszusammenarbeit ist noch weit. Die

⁹ Boko et al. 2007

¹⁰ <http://unfccc.int/adaptation/napas/items/2679.php>

¹¹ siehe Boko et al. 2007

¹² Ein solches Instrument wird mittlerweile im Rahmen des „Gleneagles Dialog zu Klimawandel, sauberer Energie und nachhaltiger Entwicklung“ der G8 diskutiert.

¹³ Hier wird der Oxfam Adaptation Financing Index angewendet, siehe Oxfam 2007

¹⁴ GEF 2006

OECD kommt in einem neuen Bericht zu dem Schluss, dass „ein großer Teil des Fortschritts jedoch auf Ebene der politischen Deklarationen erfolgt ist, oder durch Bemühungen von Klimaspezialisten in den Hauptquartieren bestimmter Entwicklungsagenturen oder Internationaler Finanzinstitutionen (IFIs). Die tatsächliche Umsetzung (durch Pilotprojekte) ist immer noch in einem frühen Stadium oder fehlt sogar vollständig.“¹⁵ Der wissenschaftliche Fortschritt, der in den letzten Jahren erreicht wurde, kann hoffentlich diese Integrationsprozesse erleichtern, auch wenn es nach wie vor an Erfahrung mangelt, wie auf zukünftige Klimaveränderungen zu reagieren ist. Institutionelle Hemmnisse müssen allerdings überwunden werden. Die EU-Kommission betrachtet auch den Mangel an operativen Leitlinien und Arbeitskraft-Ressourcen in den Entwicklungsorganisationen als wichtiges Hindernis.¹⁶

4.

Eine Reihe von Schlussfolgerungen und Empfehlungen lassen sich aus diesen Analysen ableiten. Ihre Umsetzung sollte die gemeinsame Entwicklung von Anpassungsstrategien in Afrika befördern. Einige dieser Vorschläge könnten zusätzliche Dynamik auf dem Weg zu einem starken UNFCCC-Verhandlungsmandat bei der Konferenz im Dezember 2007 in Bali erzeugen.

Der EU-Aktionsplan, verabschiedet im Jahr 2004, ist ein wichtiger Rahmen dafür, wie sich Anpassung an den Klimawandel in der EU-Entwicklungszusammenarbeit wiederfindet. Er wird im Laufe der nächsten Monate überprüft werden. Diese Überprüfung sollte unter Einbezug der neuesten wissenschaftlichen Erkenntnisse laufen, die eine erhöhte Dringlichkeit des Handelns aufzeigen. Sie sollte transparent und umfassend sein und aktiv den Einbezug der Zivilgesellschaft sowohl in der EU wie auch in den Zielländern unterstützen.¹⁷ Die EU-Kommission sieht die Notwendigkeit, bestimmte Aspekte des Aktionsplans zu stärken, darunter die konkreten Zeitpläne und Verantwortlichkeiten, eine bessere Schwerpunktsetzung sowie eine klarere finanzielle Zuweisung zur Umsetzung des Aktionsplans. Angesichts des Prozesses der Gemeinsamen EU-Afrika-Strategie ist eine wirkungsvolle Fortführung des Aktionsplans wichtig für die Zusammenarbeit mit Afrika, denn zumindest der Entwurf kündigt die Begleitung dieser Erklärung durch spezifische Aktionspläne an.¹⁸

Eine verbesserte Koordination und Arbeitsteilung zwischen den Mitgliedsstaaten der EU ist eine wichtige Herausforderung, um die Wirksamkeit der Entwicklungshilfe zu erhöhen. Da Anpassung an den Klimawandel als relativ neues Feld der Entwicklungszusammenarbeit anzusehen ist, bietet sich hier die Möglichkeit einer von Anfang an wirkungsvol-

len Arbeitsteilung.¹⁹ Sie kann in mehrfacher Hinsicht angestrebt werden. Die Finanzierung regionaler Studien durch einen Geber beispielsweise kann die Wissensbasis einer Reihe von Ländern deutlich erhöhen. Dasselbe gilt für die Unterstützung von Forschungszentren. In diesem Sinne sollte die EU gemeinsam mit ihren afrikanischen Partnern eine klare Strategie entwickeln, wie Afrika am besten unterstützt werden kann, basierend auf einer effizienten Arbeitsteilung. Wegen der großen Wissenslücken ist Forschung nach wie vor von hoher Bedeutung, gemeinsam mit der Umsetzung von Pilotprojekten, um mehr Erfahrung zu gewinnen, z.B. bei der Anpassung auf Gemeindeebene. Schließlich haben die meist betroffenen Gemeinden den dringendsten Bedarf an Anpassung.

In dem Entwurf zur Gemeinsamen EU-Afrika-Strategie streben beide Partner eine engere Zusammenarbeit in internationalen Politikforen an.²⁰ Dies könnte gerade für den UNFCCC-Kontext wichtig sein, denn beide Parteien haben ein eminentes Interesse an einem neuen UN-Klimaabkommen. Die erste Verpflichtungsperiode des Kyoto-Protokolls läuft im Jahr 2012 aus. Derzeit finden intensive Verhandlungen auf unterschiedlichsten Ebenen statt, um ein Mandat für ernsthafte Verhandlungen bei der diesjährigen UN-Klimakonferenz im Dezember in Bali zu erreichen. Die EU hat sich zu weitergehenden Emissionsreduktionen verpflichtet mit dem Ziel, global den Temperaturanstieg auf unter 2°C gegenüber vorindustriellem Niveau zu begrenzen. Gegenüber dem Klimawandel besonders verletzte Länder, darunter jene in Afrika, haben ebenfalls ein starkes Interesse an diesen Zielen, denn eine Klima-Destabilisierung jenseits dieser Temperaturschwelle wird die Risiken vor allem für verletzte Länder erhöhen. Zudem stellt der Klimawandel eine ernsthafte entwicklungspolitische wie auch finanzielle Herausforderung dar, und sehr wahrscheinlich werden diese Länder nur einer Post-2012-Vereinbarung zustimmen, wenn sie ihnen deutlich mehr finanzielle Ressourcen zusätzlich zu bestehenden ODA-Verpflichtungen in Aussicht stellt. Zudem versetzen die nicht ausreichenden Verhandlungskapazitäten viele LDCs in eine schwache Position, ihre Bedürfnisse mit ausreichendem Gewicht in der G77 zum Ausdruck zu bringen. Die Entwicklung einer gemeinsamen Allianz zwischen der EU und verletzlichen Ländern, die die EU-Kommission vor kurzem unter dem Titel „Global Climate Change Alliance (GCCA)“²¹ angekündigt hat, könnte hier wichtige politische Impulse geben. Dazu muss sie richtig angegangen werden, u.a. durch eine starke Ausrichtung auf die Interessen der Zielländer. Aufgrund der stark begrenzten Kapazitäten ist die Unterstützung in diesem Bereich (Finanzierung von Studien, Übersetzungen, Personal mit rechtlicher und wirtschaftlicher Expertise etc.) eine wichtige Vorbedingung für eine erfolgreiche Koalition mit den LDCs. Die EU wird zudem die Positionen der LDCs stärker respektieren müssen, z.B. in der Diskussion um die Verwaltung des Adaptation-Fonds (AF) des Kyoto-Protokolls. Angesichts der besonderen

¹⁵ Gigli/Agrawala 2007: 41

¹⁶ Le Grand 2007

¹⁷ VENRO 2007

¹⁸ European Union/African Union 2007

¹⁹ Mürle 2007

²⁰ European Union/African Union 2007

²¹ European Commission 2007

Verwundbarkeit Afrikas könnte sogar ein spezieller Fonds, ein „Adaptation-Fonds für Afrika“, eine Idee sein, die es zu prüfen gilt.²² Die Ausweitung der Anpassungs-Abgabe auf alle anderen Kyoto-Mechanismen ist zudem eine wichtige Forderung, um das Finanzierungsfundament des AF strukturell zu stärken. Direkte finanzielle Beiträge, z.B. zur Finanzierung der NAPAs (s.u.), sind allerdings ebenso wichtig. Derzeit liegt ein starker Fokus der internationalen Politik auf den Emittenten-Staaten, so dass die besonders betroffenen Länder vernachlässigt zu werden drohen. Um die Bildung dieser Allianz mit Blick auf die UN-Verhandlungen in Bali zu beschleunigen, könnte die EU daher noch im Vorfeld zu einer Konferenz der besonders betroffenen Länder einladen.

Angesichts der Verantwortung der EU als Mitverursacher des Klimawandels würde ein Voranschreiten in der Unterstützung der LDCs ein wichtiges Signal setzen: Es würde ihnen deutlich machen, dass ihre Bedürfnisse ernst genommen werden und ihre NAPA-Arbeit Wertschätzung erfährt. Den Industrieländern würde dieser Schritt signalisieren, dass die EU ihre Unterstützungsverantwortung ernst nimmt und dass sie diese als strategische Investition für ein Post-2012-Abkommen sieht. Afrikanische LDCs könnten in der zügigen Umsetzung der erarbeiteten NAPAs durch eine „NAPA fast track initiative“ unterstützt werden, in einer Arbeitsteilung unter den Mitgliedsstaaten, die die speziellen Beziehungen zwischen einzelnen Ländern und die Verantwortung für den Klimawandel einbezieht. Da der Klimawandel als zusätzliche Last vor allem von den Industrieländern verursacht wurde, fordern viele zivilgesellschaftliche Organisationen zurecht, dass finanzielle Ressourcen zusätzlich zu existierenden ODA-Verpflichtungen und dem „Mainstreaming“ von Anpassung in der Entwicklungszusammenarbeit zur Anpassungsfinanzierung bereit gestellt werden. Diese Forderung bleibt legitim, auch wenn eine klare Abgrenzung zwischen Anpassungskosten und solchen für die entwicklungspolitischen Ziele in vielen Fällen nicht möglich und auch nicht wünschenswert ist, da ja integrierte Strategien angepasster Entwicklung notwendig sind. Auch die Kofinanzierung einer „afrikanischen Klimaversicherungs-Fazilität“ wäre eine viel versprechende Option. Innovative Finanzierungsinstrumente, wie z.B. die Versteigerung von Zertifikaten im EU-Emissionshandel, könnten wie von der EU-Kommission vorgeschlagen zur Finanzierung von Anpassungsmaßnahmen beitragen.²³

Die EU-Kommission selbst sieht den Bedarf an erhöhtem Dialog zwischen staatlichen Entwicklungsorganisationen und Partnern in den Ländern als eine wichtige Lektion aus den bisherigen Erfahrungen mit dem EU-Aktionsplan. Nur wenige Mitgliedsstaaten haben bereits mit der systematischen Integration von Anpassung begonnen. Dem „Mainstreaming“ sollte in der Arbeit der Organisationen größere Aufmerksamkeit gewidmet und der Austausch von Erfahrungen und die

Koordination von Aktivitäten sollten verbessert werden.²⁴

Die Anpassungsdebatte kann nicht losgelöst gesehen werden von anderen entwicklungspolitischen Debatten. Das gilt insbesondere deshalb, weil die Anpassungsfähigkeit der Menschen stark durch ihren Lebensunterhalt beeinflusst wird. Handelsbeziehungen, Globalisierung, Gesundheitspolitik etc. sind alles wichtige Faktoren, und Fortschritte bei der Anpassung können bei schädlichen Entwicklungspolitiken in anderen Bereichen zunichte gemacht werden. Dies kann sogar auf die EU-Politik zur Begrenzung des Klimawandels zutreffen, wie an der kritischen Rolle der Agrotreibstoffe deutlich wird. Daher muss die EU auch insgesamt die Kohärenz in allen Politikfeldern, die für die Entwicklungsperspektiven Afrikas relevant sind, erhöhen.

Autoren: Sven Harmeling, Jan Burck, Christoph Bals

Herausgeber:

Germanwatch e.V.

Büro Bonn

Dr. Werner-Schuster-Haus

Kaiserstr. 201

D-53113 Bonn, Tel.: +49 (0) 228 60492-0, Fax -19

Internet: www.germanwatch.org

E-mail: info@germanwatch.org

Layout: Irmgard Hofmann, Bonn, www.kava-design.de

August 2007

Diese Publikation ist Teil des EU-Präsidenschaftsprojektes „Afrikas Perspektive – Europas Politik“ des entwicklungspolitischen Dachverbandes VENRO:

<http://www.afrikas-perspektive.de/>

Sie kann herunter geladen werden unter:

<http://www.germanwatch.org/klima/eaufr07.htm>

Diese Veröffentlichung wurde mit Unterstützung der Europäischen Union und des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung hergestellt. Für den Inhalt dieser Veröffentlichung ist allein Germanwatch verantwortlich; der Inhalt kann in keiner Weise als Standpunkt der Europäischen Union noch des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung angesehen werden.

Nachdruck nur mit Genehmigung der Herausgeber.



²² UNFCCC 2007

²³ European Commission 2006

²⁴ Le Grand 2007